

Wulff kündigt der Kultusministerkonferenz

Der Landesbeitrag von jährlich rund 2,5 Millionen Euro soll künftig zur Qualitätsverbesserung an niedersächsischen Schulen verwendet werden

Niedersachsen will nach den Worten von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) die Kultusministerkonferenz (KMK) der Länder verlassen.

Das Bundesland werde in den nächsten Wochen den Staatsvertrag über das Bildungsgremium kündigen, sagte Wulff der "Neuen Osnabrücker Zeitung" laut Vorabmeldung. Damit sei "ein Jahr Zeit, eine neue Koordinierung zu verhandeln, die effizienter, sparsamer und offener für neue Entwicklungen sein muß". Viele in der KMK seien "überfordert, alten Vorstellungen verhaftet und nicht aufgeschlossen".

Niedersachsen zahle jährlich rund 2,5 Millionen Euro an die KMK. Dieses Geld solle nun für eine Qualitätsverbesserung an Schulen eingesetzt werden, "statt für die Bürokratie von 250 Leuten, die zum Teil nichts anderes tun, als vom grünen Tisch aus Konzepte theoretisch zu entwerfen und dann gegen gewichtige Einwände rechthaberisch zu verteidigen", sagte Wulff.

Die seit 1948 existierende KMK hat die Aufgabe, bildungs- und kulturpolitische Fragen mit überregionaler Bedeutung zu koordinieren. Die Zuständigkeit für Schulen, Hochschulen und Forschung liegt nach dem Grundgesetz bei den Bundesländern.

Artikel erschienen in WELT online am 25. September 2004

Stichwort: Die Kultusministerkonferenz

Die immer wieder geäußerte Kritik an der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder (KMK) ist so alt wie das Gremium selbst. Für Alt-Kanzler Helmut Kohl (CDU) galt die KMK als "die reaktionärste Einrichtung der Bundesrepublik". Nach dem PISA-Desaster schrieb Kanzler Gerhard Schröder (SPD) der KMK ins Stammbuch: "Wir müssen die deutsche Schule retten und nicht die Kultusminister."

Die KMK ist die älteste deutsche Länder-Fachministerkonferenz. Sie trat am 19. Februar 1948 zum ersten Mal zusammen - und ist damit sogar älter als das Grundgesetz und die Bundesrepublik. Ihren Zweck definiert sie darin, in der föderal organisierten Republik "ein Mindestmaß an Gemeinsamkeit und Vergleichbarkeit im Bildungswesen zu gewährleisten" - dies auch vor dem Hintergrund der Verfassungsgebote von Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse und der Freiheit der Berufswahl.

Immer im Januar übernimmt ein anderes Bundesland turnusgemäß die KMK-Präsidentschaft. Damit soll der föderale Zusammenhalt der 16 Bundesländer in der Bildungspolitik auch über die Parteigrenzen hinweg demonstriert werden. Derzeit liegt die Präsidentschaft bei Rheinland-Pfalz.

Artikel erschienen in WELT online am 25. September 2004

"Wulff gefährdet den Föderalismus"

Der angekündigte Ausstieg Niedersachsens aus der Kultusministerkonferenz sorgt für heftige Reaktionen. Während Gewerkschaftsvertreter den Vorstoß des Ministerpräsidenten Christian Wulff kritisierten, empfahl die FDP den Schritt Niedersachsens als gutes Beispiel.

Berlin - Wulff hatte den Ausstieg in einem Interview mit der "Neuen Osnabrücker Zeitung" für die "nächsten Wochen" angekündigt. Dann wolle er für sein Land den Staatsvertrag über das Bildungsgremium kündigen. Dies bedeutet das Ende der Kultusministerkonferenz (KMK) in ihrer bisherigen Form. Das Gremium ist für die Koordinierung der Bildungspolitik in Deutschland zuständig. Wulff sagte, damit sei "ein Jahr Zeit, eine neue Koordinierung zu verhandeln, die effizienter, sparsamer und offener für neue Entwicklungen sein muß". Viele in der KMK seien "überfordert, alten Vorstellungen verhaftet und nicht aufgeschlossen".

Die FDP-Bildungsexpertin Ulrike Flach begrüßte die Ankündigung Niedersachsens. "Wir wären in Deutschland schon wesentlich weiter, wenn es die KMK in ihrer jetzigen Form schon seit Jahren nicht mehr gäbe", sagte sie. Gleichzeitig forderte Flach die anderen Bundesländer auf, jetzt nachzuziehen. Flach betonte, Bildungspolitik dürfe nicht von Bürokraten geregelt werden, sondern müsse vor Ort im Wettbewerb von Schulen und Hochschulen gestaltet werden.

Die KMK-Präsidentin Doris Ahnen kritisierte Wulff umgehend. Im Südwestrundfunk sagte sie, wer die Kernaufgabe der Konferenz - die Sicherung von Qualität, Vergleichbarkeit, Anerkennung und Mobilität im Schul- und Hochschulbereich - in Frage stelle, "der gefährdet aus meiner Sicht die Qualität des Bildungssystems und auch den Föderalismus". Gleichzeitig signalisierte Ahnen Kompromißbereitschaft, um die KMK zu retten. "Selbstverständlich bin ich bereit, Gespräche zu führen, aber ich halte die KMK nach wie vor für notwendig."

Bei der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) hingegen stieß der Vorstoß Wulffs auf massive Kritik. GEW-Chefin Eva-Maria Stange sagte dem Nordwestradio von Radio Bremen, dieser Vorstoß des niedersächsischen Ministerpräsidenten Christian Wulff (CDU) sei konzeptionslos und bildungsfeindlich. "Wir brauchen eine gemeinsame Bildungsplanung", sagte Stange weiter. Gäbe es die KMK nicht mehr, müßte ein anderes Gremium diese Aufgabe erfüllen, sonst könnte ein Kind nicht mehr von Bayern nach Bremen ziehen oder umgekehrt, sagte sie.

Den unionsgeführten Ländern warf Stange vor, die Bildungsplanung zwischen Bund und Ländern zu chaotisieren. So vertrete die Union in der Föderalismuskommission die Position, die KMK stärken zu wollen, hingegen wolle Niedersachsen die Konferenz nun verlassen und sie damit faktisch auflösen. Stange forderte die Kultusminister auf, das deutsche Bildungssystem gemeinsam zu reformieren.

Ähnlich kritisch äußerte sich der Berliner Kultursenator Thomas Flierl (PDS). Er bezeichnete den Ausstieg als "abstruse und überzogene Reaktion". "Mit einem solchen Schritt sprengt man die föderative Struktur", sagte Flierl am Samstag am Rande einer Klausurtagung der Berliner PDS-Fraktion im polnischen Stettin. Die Länder müßten sich untereinander in der Bildungspolitik abstimmen. Die KMK sei das Forum der Auseinandersetzung mit dem Bund. "Wenn Niedersachsen dieses Instrument zerschlägt, fördert es etwas, was es gar nicht will: Den Zentralismus oder den Rückfall in die Kleinstaaterei", sagte der PDS-Politiker.

Niedersachsen probt die Kulturrevolution

Als erstes Bundesland will Niedersachsen die Kultusministerkonferenz verlassen, die bisher die Bildungspolitik koordiniert. Ministerpräsident Wulff feuert gleich mehrere Breitseiten gegen die 56 Jahre alte Institution ab - sie sei bürokratisch und konservativ, ihre Mitarbeiter seien rechthaberisch und überfordert.

Hannover - Seine Landesregierung werde in den nächsten Wochen den Staatsvertrag kündigen, der die Mitgliedschaft regelt, sagte Christian Wulff der "Neuen Osnabrücker Zeitung". So will der CDU-Politiker offenkundig Druck aufbauen, um zu einer Veränderung der Bildungsinstitutionen zu kommen.

Nach der Kündigung sei "ein Jahr Zeit, eine neue Koordinierung zu verhandeln, die effizienter, sparsamer und offener für neue Entwicklungen sein muß", so Wulff. Viele in der KMK seien "überfordert, alten Vorstellungen verhaftet und nicht aufgeschlossen".

"Bürokratie von 250 Leuten"

Niedersachsen zahle jährlich rund 2,5 Millionen Euro an die KMK. Dieses Geld solle nun für eine Qualitätsverbesserung an Schulen eingesetzt werden, "statt für Bürokratie von 250 Leuten, die zum Teil nichts anderes tun, als vom grünen Tisch aus Konzepte theoretisch zu entwerfen und dann gegen gewichtige Einwände rechthaberisch zu verteidigen", sagte Wulff.

Die seit 1948 existierende KMK hat die Aufgabe, bildungs- und kulturpolitische Fragen mit überregionaler Bedeutung zu koordinieren. Die Zuständigkeit für Schulen, Hochschulen und Forschung liegt nach dem Grundgesetz bei den Bundesländern.

Artikel erschienen in SPIEGEL online am 25. September 2004